

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeilen über dem Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Beilagen 80 Pf.

Annahme von Inseraten Kohlenmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Hasenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin: Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Eberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies.
Halle a. S. Jul. Barch & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinrich Eiser. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 21. Juni. Der Kaiser wird, wie es heißt, bis Ende dieser Woche zur Flottenrevue in Kiel verbleiben und voraussichtlich erst am Sonntag Abend mit seiner Begleitung wieder in Potsdam eintreffen. Wahrscheinlich wird sich auch die Kaiserin Ende dieser Woche nach Kiel begeben, um dort mit dem Kaiser zusammenzutreffen.

Die Kronprinzessin Viktoria von Schweden ist auf der Rückreise nach Schweden gestern aus Baden-Baden hier eingetroffen und bei der Ankunft hier selbst vom Prinzen Max von Baden auf dem Bahnhofsplatz empfangen und nach dem Hotel Bristol geleitet worden, wo die Frau Kronprinzessin Viktoria mit ihren beiden Söhnen, den Prinzen Gustav und Wilhelm von Schweden und Norwegen, bis zur Weiterreise wohnen wird. Nachmittags stattete die Kronprinzessin den zur Zeit hier anwesenden Mitgliedern der königlichen Familie ihre Besuche ab und gedenkt heute zur Begrüßung der Kaiserin sich nach Potsdam zu begeben. Die Kronprinzessin gedenkt heute Abend weiter zu reisen.

Die „Nat.-Lib. Corr.“ schreibt: „Eine allgemeine parteipolitische Umwälzung über die Politik bei den Stichwahlen wird, wie wir hören, seitens der nationalliberalen Parteileitung nicht erlassen und kann auch nicht erlassen werden. Die Verhältnisse in den einzelnen Wahlkreisen und die tatsächliche Aufstellung anderer Parteien gegenüber den Nationalliberalen sind hierfür zu verschiedenartig. Die einzelnen Wahlkreise werden je nach den örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen die richtige Stellungnahme schon zu finden wissen. Als allgemeine, durch die gegenwärtige Situation gebotene Richtschnur haben wir bereits vor einigen Tagen darauf hingewiesen, daß in erster Linie jedem Freund der Militärreform Unterstützung gewährt werden müsse. In der Stichwahl zwischen zwei Gegnern der Militärreform wird man im Allgemeinen einem Kandidaten der bürgerlichen Parteien gegenüber einem Sozialdemokraten den Vorzug geben, selbstverständlich vorausgesetzt, daß jene auch über gewisse lokale und örtliche Gegenstände im Kampf zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten wahlen lassen. Wir haben freilich bis jetzt von Gegenleistungen der freijünglichen Volkspartei und namentlich des Zentrums noch kaum etwas bemerkt. Die erstere ist bestenfalls über einige mäßige Neutralitätsverpflichtungen hinaus gekommen, hat aber in einzelnen Fällen direkt Partei für die Sozialdemokraten ergriffen, so in Jena, Stuttgart u. a. Das Zentrum hat durch übereinstimmende Erklärungen aller Parteileitungen und offizielle Erklärungen ultramontaner Wahlkomitees (z. B. in Mainz) allen Parteigenossen zur Pflicht gemacht, in der Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Nationalliberalen sich strengstens der Stimme zu enthalten; einem Nationalliberalen oder Freikonserwativen dürfte unter keinen Umständen eine Zentrumsstimme zufließen. Das heißt natürlich einfach sozialdemokratischen Kandidaten zum Sieg verhelfen. Es kommt sogar vor, z. B. in Wiesbaden, daß selbst einem Mitglied der freijünglichen Vereinigung in der Stichwahl mit den Sozialdemokraten die Unterstützung des Zentrums verweigert wird, wodurch leicht der sozialdemokratische Sieg vergrößert werden kann. In der Wahl werden bereits direkte Wahlverträge zwischen Sozialdemokraten und Ultramontanen berichtet. Wir wollen hoffen, daß die wichtigsten nicht die gesamte Wählerchaft des Zentrums solchen Ausdrücken des Parteiananismus nachgibt.“

Die fortschrittliche „Vossische Ztg.“ schließt einen Artikel über den Liberalismus mit folgenden Worten:

„Der den Ursachen des beklagenswerten Niederganges der freijünglichen Partei nachspürt, der wird die Schuld nicht allein der Rücksichtslosigkeit anderer Parteien, der amtlichen Wahlbeeinflussung, den Fehlern der Regierung zur Last legen, der wird vielmehr zugestehen, daß seit langer Zeit auch die Verhältnisse innerhalb der Partei und zumal der Fraktionen nicht waren, wie sie sein sollten, nicht so beschaffen waren, um tüchtigen, fähigen Nachwuchs für die parlamentarische Arbeit heranzuziehen, auch nicht so beschaffen, um die große Masse der Wähler mit Betätigung oder gar mit Begeisterung zu erfüllen. Man hat der Partei viel zu großes Gewicht beigemessen, man hat das Kleingefühl bevorzugt und darüber häufig die großen Gesichtspunkte, die großen Ideen verloren. Wenn nun die Partei nicht zu beschönigender Schwere Niederlage erlitten hat, so wird diese Lehre sicherlich weder bei der Fraktion noch bei der Partei verloren sein. Man wird sich bemühen, aus den jüngsten Erfahrungen die Anregungen für die Zukunft zu ziehen, und neues Leben wird aus den Ruinen blühen. Vor allem aber wird man eingestehen, daß über der Fraktion die Partei und über allen liberalen Parteien der Liberalismus steht, und daß es um Leben der Partei nicht sowohl die Verwirklichung eines vorläufigen Programms gilt, als die Durchführung liberaler Ideen in Regierung, Verwaltung und Gesetzgebung.“

Ueber den Rest der Landtagsarbeiten sind jetzt die Präzedenz der beiden Häuser des Landtages und die Regierung flüchtig übereingekommen. Der Landtag wird, wie der „Voss. Ztg.“ bestimmt gemeldet wird, am 12. oder spätestens am 15. Juli geschlossen werden. Bis dahin werden die Steuerentwürfe und sämtliche übrigen Reste der Arbeiten beider Häuser des Landtages, vielleicht mit verschwindenden Ausnahmen, zum Abschluß gebracht sein.

Eine Statistik der Reichsmittel in Einkommensverhältnissen ergibt Folgendes: Die Zahl der Verurteilungen ergibt bei den Einkommen unter 3000 Mark von 1891/92 zu 1892/93 eine Steigerung von 8,9 auf 13 Prozent, also eine Zunahme von 4,1 Prozent, oder um ein Drittel der Gesamtzahl. Davon sind 69,6 Prozent berücksichtigt worden gegenüber 56,7 Prozent im Vorjahre, und es haben Ermäßigungen stattgefunden in Höhe von 4,9 Prozent des Steuerfalls gegen 2,6 Prozent im Vorjahre. Bei den Einkommen über 3000 Mark (deklarationspflichtige Einkommen) hat sich ein Zuwachs der Verurteilungen von 10,2 auf 11,2 Prozent ergeben. Von den eingeklagten Reichsmitteln sind aber nur 49,9 Prozent gegen 55,2 im Vorjahre berücksichtigt worden und ebenso beläuft sich die Ermäßigung des Falls in Folge des Reichsmittels auf nur 1,4 Prozent gegen 1,5

Prozent im Vorjahre. Bezüglich des zweiten Reichsmittels, der Beschlüsse an das Oberverwaltungsgericht, weist dagegen das Steuerjahr 1892/93 gegenüber dem Jahre 1891/92 einen Rückgang auf. Während im Jahre 1891/92 an Rekursen der Stufen 3-12: 18 822, Einkommenssteuerrekursen 4096, zusammen 22 918, also 11,5 auf je 1000 Steuerpflichtige und 12,4 auf je 1000 gegen die Veranlagung erhobene Reichsmittel (181 261) eingelegt sind, wurden im Jahre 1892/93 nur 13 061 Beschwerden an das Oberverwaltungsgericht eingelegt. Auf je 1000 Steuerpflichtige fallen also 5,4, auf je 1000 Verurteilungen 41,9 Beschwerden. Der Grund dieses Rückgangs liegt zum Teil wohl in der Verwaltungsgerichtlichen Form und in der Kostenpflichtigkeit der unbegründeten Beschwerden.

Der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat in der Deutscher, in welcher er seine Eingabe an die Regierungen der Einzelstaaten mit Staatsbahnbetriebe wegen Nichtberücksichtigung des Angebots bestimmter ausländischer Industrien bei Vergebung von Eisenbahnmateriale begründet, auf die Praxis bei solchen Verträgen in fünf auswärtigen Staaten hingewiesen, welche die Verwertung der deutschen Eisenindustrie selbst ganz oder beinahe unmöglich macht. In erster Reihe wird unter diesen Staaten England angeführt, das auch heute noch von den Vertretern des unbegrenzten Freihandels als ein Land gefeiert wird, in welchem die Grundzüge der uneingeschränkten Konkurrenz unbedingt zur Geltung gelangen. Hier werden von der Regierung sowohl wie von den privaten Unternehmungen geradezu mit peinlicher Sorgfalt fremde Bewerbungen ausgeschlossen. Von der englischen Admiralität wurden 1889 13 000 Tons Stahlbleche verlangt. Auf die Verwertung einer deutschen Firma um Zulassung zu dieser Submision wurde von dem „Director of Navy Contracts“ erwidert, daß das Angebot der deutschen Firma nicht in Berücksichtigung gezogen werden könne. Dasselbe Gesicht wurde einem von derselben Firma an englische Schiffbauanstalten gerichteten Ersuchen um Zulassung zur Bewerbung um Lieferung der Schiffe, welche die deutsche Admiralität bei den betreffenden Werften bestellen Schiffe zu Teil. Wie die englischen Schiffbauanstalten, so verfahren die englischen Eisenbahnen. Die Great Northern Railway Company schreibt für Schienenlieferungen in ihren gedruckten Bedingungen vor: „The Rails are to be made and rolled in England.“ Andere haben Bestimmungen, wonach gerade das in Deutschland in bester Qualität erzeugte Thomasmaterial ausgeschlossen wird. Kurz alle diese Vorschriften sind darauf angelegt, die Verwertung des Auslandes und namentlich Deutschlands bei Eisenbahnmaterialelieferungen zu verhindern. Dazu kommt, daß es in England nicht Brauch ist, die Submitionen in öffentlichen Blättern auch zur Kenntnis des Auslandes zu bringen, wie das in Deutschland allgemein geschieht. Dem Auslande wird es in Folge dessen schwer, rechtzeitig von den Submitionen Kenntnis zu erhalten und sich bei denselben zu beteiligen. Ebenso wie in England wird in Indien und Australien verfahren. Auch hierfür werden in der Denkschrift des Vereins der Eisen- und Stahlindustriellen Beispiele angeführt, welche erweisen, daß alles darauf berechnet ist, die Ausführung von Eisenbahnmaterialelieferungen deutschen Firmen vorzuziehen. So wird in dem freihändlerischen England und in den von ihm abhängigen Ländern verfahren. Man will eben ausgesprochenmaßen, auch wenn man höhere Preise bewilligen mag, den einheimischen Arbeitern die Beschäftigungsmöglichkeit nicht kürzen. Dahin strebt für Deutschland auch der Verein der Eisen- und Stahlindustriellen.

Frankfurt a. M., 20. Juni. Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, hat der Wahlschuss der deutschen Volkspartei den Parteigenossen empfohlen, bei der Stichwahl zwischen Dörmann (ul.) und Schmidt (Soz.) für den sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten.

Hamburg, 20. Juni. Der „Hamburger Anzeiger“ beklagt sich über die Auslösung des Kreuzergeschwaders. Er schreibt dazu:

„Niemanden dürfte die Nachricht von der Auflösung des Geschwaders peinlicher berühren, als uns in Ostpreußen lebende Deutsche. Hier haben wir eine Flotte, die sich über etwa fünfzig Breitengrade erstreckt, und an der sich mehrere Tausend unserer Landsleute niedergelassen haben. Wie wichtig deren Handelsinteressen sind, ist zu allgemein bekannt, um darauf des Näheren zurückzukommen. Zum Schutze dieser Interessen sind uns zwei veraltete Kanonenboote, „Wolf“ und „Alte“ geblieben! Die Ereignisse des Sommers 1891 haben nur zu klar an den Tag gelegt, daß revolutionäre Bewegungen in China nicht ausgeschlossen sind, und daß die Flotte jeden Augenblick dazu berufen werden kann, das Leben und Eigentum der in diesem Lande ansässigen Deutschen in Schutz zu nehmen. Waren auch schon die beiden in ostasiatischen Gewässern stationierten Kanonenboote ganz und gar mangelhaft, so ist für die Inanspruchnahme unserer Interessen zu sorgen, so wußten wir wenigstens noch, daß im Notfalle das Kreuzergeschwader telegraphisch nach China beordert werden konnte, nach dessen Ankunft wir uns einigermaßen sicher fühlen durften. Aber mit der Auflösung dieses Geschwaders ist auch diese Hoffnung geschwunden, und das Verursachen, daß wir auf einem Vulkan leben — wie die Situation der Ausländer in China nicht unrichtig geschildert worden ist — muß uns um so lebhafter in Gedächtnis gerufen werden.“

Stuttgart, 20. Juni. Der Regierungspräsident Daubert in Ludwigsburg ist kraft förmlicher Entschließung als Vorsitzender des Vorstandes der Invaliditäts- und Altersversicherungskasse nach Stuttgart versetzt worden.

Österreich-Ungarn.

Wien, 20. Juni. Die Ernennung des Kardinals Ropp zum Stellvertreter des Landesoberhauptmanns im schlesischen Landtage findet sehr günstige Aufnahme.

Prag, 20. Juni. Bei der Vertretungswahl im Plattiner Bezirk, zu dem auch Eltschlag, die Wählung des Grafen Taaffe, gehört, brangen die jungescheitlichen Kandidaten durch.

Frankreich.

Paris, 18. Juni. Die wehmütige und erhebende Feier an der deutsch-französischen Grenze

wird von den hiesigen Blättern im Allgemeinen in würdiger Weise geschildert. Aber den Gedanken an eine Annäherung der beiden Länder, den sie doch nahe legt, würde man vergeblich darin suchen. Der „Matin“ überreicht seinen Bericht sogar mit „Der dem Gegner“. Die „Patrie“ knüpft an den ihrigen folgende Betrachtung: „In dieser endlosen Ebene, wo die Feuer einer brennenden Sonne unseren Soldaten eine Art glorreicher Parade machten, ging über die Gänge, Bajonnette und Helme ein Hauch der Hoffnung, die Ankündigung eines nahen Sieges, der die finsternen Tage künden wird. Die herrschende tiefe Stille gleich einem stummen Gebet der französischen Seelen zum Gott der Armeen.“ Auch der „Temps“ spricht heute in einem der internationalen Ideen befangenen Artikel von den „Forderungen des französischen Patriotismus“, denen die „sozialdemokratischen Brüder in Deutschland“ vielleicht nicht nachgeben würden.

Der ersten, freilich Freude über die deutschen Wahlergebnisse ist eine Verstimmung gefolgt, die sich durch eben jene Schweigsamkeit bekundet, deren man sich länger Weiße vor den Wahlen befehligen hatte. Diesmal schweigt man jedoch nicht aus Taktik, sondern weil man erkennt, daß man vornehmlich auf Grund ungenügender Nachrichten geurteilt und den Wunsch zum Vater des Gedankens gemacht hatte. Zunächst vermisst man unter den Hauptern seiner Lieben das des Herrn Eugen Richter, tröstet sich darüber aber einigermassen mit den Fortschritten der Sozialdemokraten. Noch mehr hat die Entdeckung verstimmt, daß das Schicksal der Militärvorlage noch gar nicht so befestigt ist, wie man gedacht hatte. Und schließlich ändern alle Phrasen an der Thatsache nichts, daß das Reichsland sechs statt wie bisher nur 4 reichste Vertreter gewählt hat. Und doch hatte man die unüberbrückliche Abhängigkeit der verlorenen Brüder nicht genug feiern können! Man begnügt sich nun wie Herr Antoine, den ein Abendblatt interviewte, mit der, wie schon aus den obigen Zahlen hervorgeht, unrichtigen Behauptung, es sei im Reichslande beim alten geblieben.

Mit begrifflicher Spannung sieht man dem Ergebnis der französischen Wahlen entgegen und beschäftigt sich mit der schwachen französischen Marine, welche, so glaubt man, der französischen Flotte unter Admiral Dumas keinen Widerstand entgegenzusetzen werde. Nur in diesem Falle werde es zu energischen Maßnahmen kommen.

Alle französischen Geschwader befehligen Admiral Jaurès zu einer Konferenz nach Paris berufen, um dortselbst über das Programm der Sommermanöver zu beraten. Wie wir vernahmen, handelt es sich bei den bevorstehenden Anordnungen um drei Serien von Übungen, deren erste in der Zeit vom 1. bis 8., die zweite vom 17. bis 25. Juli und die dritte endlich in der ersten Hälfte des Monats August stattfinden soll. Nicht weniger denn fünfzig Fahrzeuge, deren Besatzungen u. i. w. auf volle Kriegsstärke gebracht sind, werden in dem mittelländischen Meere und fünf und vierzig in der Atlantik an der westfranzösischen Küste operieren. Diese Daten liefern einen Maßstab für die Größe der Flotte, die die französische Marine in der ersten Hälfte des Monats August aufstellen soll. Nicht weniger denn fünfzig Fahrzeuge, deren Besatzungen u. i. w. auf volle Kriegsstärke gebracht sind, werden in dem mittelländischen Meere und fünf und vierzig in der Atlantik an der westfranzösischen Küste operieren. Diese Daten liefern einen Maßstab für die Größe der Flotte, die die französische Marine in der ersten Hälfte des Monats August aufstellen soll.

Paris, 19. Juni. Die Rede, welche der Graf d'Haussonville gestern Abend auf dem jährlichen Banquet der Association der Presse monarchique et catholique gehalten hat, war nicht ohne gewisse Reizwirkung erwartet worden. Man fragte sich, ob die royalistische Partei angesichts ihrer in verschiedenen Beziehungen der neuen Situation ihre allgemeine Haltung oder wenigstens ihre Taktik ändern würde, denn alles verändert sich gegenwärtig in der französischen Politik. Die republikanische Partei befindet sich in einem tiefen Umwandlungsprozeß, ebenso wie andere Parteien. Aber die royalistische Partei bleibt hartnäckig ihren Prinzipien und ihrer Taktik treu, und mehr als jemals versichert der Graf d'Haussonville, daß die royalistische Partei auch zugleich die katholische und christliche sei, eine Behauptung, welche mit der diesbezüglichen Ansprache, überhaupt in der ganzen Haltung, welche der Papst manifestiert hat, schlecht übereinstimmt.

Die Pariser Presse widmet der Rede des Grafen d'Haussonville, welche allgemein eine bedeutungsvolle genannt wird, sehr viel Interesse, selbstverständlich die Kritik derselben nicht ersparend.

Eigentümlicher Weise schweigt sich der „Figaro“, welcher am allermeisten Ursache gehabt hätte, gegen die Identifizierung von Katholizismus und Royalismus zu protestieren, über die Rede, welche der Graf d'Haussonville in höherer Willkür (natürlich im Auftrag des Herzogs von Orleans) hielt, aus. Der „Gazette“ schreibt: „Mit diesem ehrlichen und offenen Programm werden wir in den Wahlkampf gehen. Ob wir siegreich oder nicht sein werden, verhängt nicht, um voraussetzen, daß wir unsere Ehre intact bewahren.“

Das „Journal des Debats“ schreibt: „Was schlägt M. d'Haussonville vor? Auf dem sinkenden Schiff zu bleiben und darauf das Manöver fortzusetzen, welches die Royalisten bereits in einen verheerenden Schiffsbruch geführt. Wenn die Royalisten nur ein Minimum verlangen, so ist es deswegen, weil sie weder die Macht noch das Recht fühlen, mehr zu fordern.“

Der „Radikal“ schreibt: Der Graf d'Haussonville hat im Auftrag des Grafen von Paris und des Herzogs von Orleans eine lange Rede gehalten, welche den armen Herzen, die für die Nationalen schlagen nur wenig Hoffnung lassen wird. Die „Autorité“ schreibt: „Gerade deswegen, weil wir keine Royalisten sind, können wir uns nicht enthalten, einen achtungsvollen und bewundernden Gruß dieser edlen und vornehmen Partei zu entbieten, welche selbst in den gegenwärtigen traurigen Verhältnissen ihre Treue und Ergebung zu bewahren und ihre Hoffnungen aufrecht zu erhalten weiß.“

„Voltaire“: „Achten wir auf jeden Fall die Missionen eines so tapferen Pioniers und ergebenen Dieners, der trotz der Umstände seiner Familientradition und Ueberzeugung treu bleibt, wie Graf d'Haussonville. Er hat gestern seine Pflicht getan und wir können ihn deswegen nicht tadeln.“

Paris, 20. Juni. Der Ministerrat beschäftigt sich mit der von Milleodde angekündigten Anfrage über den Stand der Unterhandlungen zwischen Frankreich und England bezüglich der

Auslieferung des Cornelius Herz. Wie verlautet, würden der Minister des Auswärtigen Dorelle und der Justizminister Guerin in Beantwortung der Anfrage erklären, daß die jetzige Regierung nachdrücklich die wegen der Auslieferung eingeleiteten Verhandlungen fortgesetzt habe und sie auch nicht einen einzigen Tag aus den Augen lassen werde. Die Auslieferungs-Verhandlungen dauerten noch fort.

Gutem Vernehmen nach würde die Regierung von Siam die verlangte Entschädigung, sowie jede geforderte Gemüthung für die Ermordung des Inspektors Groscurin geben. Die vor einigen Tagen von Saigon abgegangenen französischen Kriegsschiffe werden demnach auf der Mündung des Menam eintreffen.

Paris, 20. Juni. Die Besserung in dem Befinden des Präsidenten Carnot ist so weit fortgeschritten, daß die Veröffentlichung des Bulletin eingestellt wird.

Italien.

Rom, 20. Juni. Die Kammer hat auf einen Vorschlag des Minister-Präsidenten Giolitti mit sehr großer Majorität beschlossen, die Diskussion über das Projekt der Reorganisation der Emili anstalten auf nächsten Sonnabend festzusetzen.

Großbritannien und Irland.

London, 20. Juni. Unterhaus. Der Präsident des Ackerbauamtes Gardner erklärte, das dreimalige Auftreten der Minderheit in England in diesem Jahr habe sich jedesmal durch die Einfuhr von Vieh hervorgerufen worden, welches mit der Seuche behaftet gewesen sei. Es liege aber kein Beweis vor, daß die Seuche jemals durch die Einfuhr von Heu, Stroh oder anderem Viehfutter eingeschleppt worden sei. Die Regierung werde die Angelegenheit aufmerksam verfolgen.

Rumänien.

Bukarest, 20. Juni. Der König, sowie der Prinz-Thronfolger und Gemahlin sind heute Mittag zum Sommeraufenthalte nach Schloß Pelesch abgereist.

Das städtische Krankenhaus.

Stettin, 21. Juni.

Den Stadtverordneten ist eine Vorlage betreffend den Erweiterungsbau des städtischen Krankenhauses an der Apfelallee zugegangen, welche sich zunächst auf eine Vergrößerung des Obergeschosses, Herrn Dr. Karl Schuchardt, stützt. In derselben wird zunächst vorgeschlagen, daß das städtische Krankenhaus, früher in gewissem Sinne als eine Musteranstalt geltend, neuerdings in mehrfachen Beziehungen in seinen Einrichtungen als veraltet anzusehen ist und nicht mehr den Anforderungen genügt, die an das kommunale Krankenhaus einer so emporende und an Bevölkerung so zunehmenden Stadt wie Stettin gestellt werden müssen. Es sei deshalb dringend nötig, das Krankenhaus nach bestimmten Richtungen hin zu erweitern, zu ergänzen und zu modernisieren. Als Gründe, welche zwingen, den in Betracht kommenden Fragen jetzt unverzüglich näher zu treten und welche die Reform zu einer brennenden Frage mache, gibt Herr Dr. Schuchardt die Raumnot und die Choleraepidemie an. Derselbe hält es jetzt endlich an der Zeit, das Krankenhaus nach seinem ursprünglichen Plan durch den Anbau eines vierten Flügels zu ergänzen und damit einerseits dem Raumbedürfnis für absehbare Zeit gründlich abzugeben, andererseits die schon längst als notwendig empfundene Teilung des Krankenhauses in eine innere und eine äußere Abteilung zu ermöglichen. So lange das Krankenhaus eine durchgehende Verwaltungsgliederung von 100-150 Kranken hatte, und die operative Tätigkeit desselben sich in mäßigen Grenzen hielt, war es möglich, daß ein dirigierender Arzt das Ganze bequem übersehen konnte. Jetzt ist dies nicht mehr möglich. Wo eine operative Tätigkeit von 7-800 Operationen jährlich zu bewältigen ist, kann sich derlei dirigierende Arzt unmöglich noch um die Details der Behandlung von 1800 innerlich Kranken, Geistkranken u. k. kümmern, und sie bleiben im Wesentlichen den Assistenzärzten überlassen. Im Interesse der Kranken muß dieser Zustand bald geändert werden. Die Leitung der inneren Station muß einem besonderen dirigierenden Arzt übergeben werden.

Aus der Zweiteilung des Krankenhauses in ärztlicher Beziehung werden sich gewisse Veränderungen in der Verfassung des Krankenhauses ergeben. Durch den Ausbau des Krankenhauses würde sich seine Verwaltungszahl auf rund 450 Betten stellen (ohne das Absonderungs- und die dazugehörigen). Natürlich würde eine so gestiegene Krankenanzahl allmählich auch eine Steigerung des Assistenz- und Pflegepersonals zur Folge haben, und man muß rechtzeitig darauf bedacht sein, für passende Wohnungen der Diakonissen und für die Assistenzärzte zu sorgen. Ferner lasse die jetzige Unterbringung der Diakonissen und Assistenzärzte manches zu wünschen übrig. Auch die Unterbringung der Assistenten könnte besser sein, zumal wenn man bedenkt, daß die Assistenten in Folge der Lage des Krankenhauses darauf angewiesen sind, fast immer im Hause zu bleiben.

Der Vorschlag des Herrn Dr. Schuchardt geht nun dahin, das erste Stockwerk des „Verwaltungsgebäudes“ zur Hälfte zu Dienstwohnungen für die Assistenten, zur Hälfte für männliche Klassenkranke, das zweite Stockwerk zur Hälfte für die Diakonissen, den noch übrigen Raum für weibliche Klassenkranke zu verwenden, wobei in jedem Stock noch auf ein Wärtersbüreau Bedacht zu nehmen sein würde. Die beiden großen Zimmer im ersten und zweiten Stock würden passend ein Ess- und Wohnzimmer für die Assistenzärzte resp. die Diakonissen abgeben. Bedacht zu nehmen wäre ferner rechtzeitig auf eine Vergrößerung der Apotheke, die jetzt in ihren Räumlichkeiten sehr beschränkt ist. Ein Laboratorium für chemische Untersuchungen fehlt vollständig und ist doch sehr notwendig. Ebenfalls müssen genügende Räumlichkeiten für mikroskopische und bakteriologische Zwecke eingerichtet werden. Für alle diese Zwecke sind die Räumlichkeiten des Verwaltungsgebäudes am besten geeignet. Im Interesse der zahlreichen am Krankenhaus tätigen Schwestern würde es sein, wenn der neue Flügel mit Veranden, im

Parterre und ersten Stockwerke versehen würde. In die Nähe des neuen Flügels müssen Räume kommen, die gewisse höchst notwendige, uns fehlende Vorrichtungen enthalten: 1. 4 permanente Wasserbäder (2 für Männer, 2 für Frauen), zur Behandlung von Kranken mit ungedeckten Verbrennungen, Decubitus u. i. w. durchaus unentbehrlich. 2. Badevorrichtung zur Verabreichung von Dampf- und Schwigbädern. Der Bau des Operations-Pavillons, der wegen der Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes möglichst beschleunigt zu werden verdient, geschieht am zweckmäßigsten in dem nach der Apfelallee gelegenen Terrain zwischen „Einfahrt“ und „Verwaltungsgebäude“.

Ein Uebelsand des Krankenhauses, der bei Gelegenheit des vorgeschlagenen Umbaus gründlich beseitigt werden muß, besteht darin, daß die Verhältnisse für die Leichenbegängnisse nicht genügend von dem Krankenhaus abgetrennt sind und daß der Zugang zum Krankenhaus durch das Hauptgebäude geht. In Folge dessen ist es eine ganz gewöhnliche unangenehme Erscheinung, daß Scharen von Leidtragenden, mit Trauerkränzen versehen, in den Haupteingang hineingehen und sich oft genug, Mangels geeigneter Führung, selbst in die Pavillons hinein ergießen, was für die dort befindlichen Kranken oder ihre Angehörigen begreiflicher Weise einen sehr unangenehmen Eindruck macht. Da es ferner durchaus an Wartezimmern für die Leidtragenden fehlt, so sieht man nicht selten die frangblenden mitleiden Angehörigen auf den Treppen des Verwaltungsgebäudes sich anheften. Leidtragende und Alles was zum Begräbnis gehört, dürfen überhaupt nicht in das Krankenhaus, sondern müssen einen besonderen Zugang zu der Leichenhalle haben. Der ganze Komplex des Leichenhauses muß von dem übrigen Areale durchaus abgeschlossen sein und bedarf eines eigenen Wärters, der die Ausführenden zuweist. Hierzu bedarf es eines vollen Umbaus des Leichenhauses. Der Sektionsraum muß sofort vergrößert werden, daß zwei Tische darin Platz haben und mit vernünftiger Oberfläche versehen sein. Der bisher für den Sektionsraum bestimmte Raum kann weggelassen, da Leichen sich durch Verabreichung der Zeit leicht vermeiden lassen. Außerdem ist notwendig ein genügend großer Vorraum zum Aufsteigen der Leichen, ein Wartezimmer für die Leidtragenden und den Geistlichen, eine Kapelle und die Wohnung des Leichenwärters. Sehr zweckmäßig würde es sein, durch einen unterirdischen Gang das Souterrain des Krankenhauses mit dem Leichenkeller zu verbinden, damit die Leichentransporte nicht mehr über der Erde vor sich zu gehen brauchen.

Weiter plaidiert Herr Dr. Schuchardt noch für elektrische Beleuchtung des Krankenhauses und bemerkt, daß ein Krankenhaus heutzutage nicht auf den wichtigsten Hilfsmitteln der Photographie entbehren kann. Ein photographischer Apparat ist daher notwendig zu beschaffen. Ein Dunkelzimmer ist in den Plänen des Operationshauses vorgesehen.

Der Denkschrift des Herrn Dr. Schuchardt ist ein Erläuterungsbericht des Herrn Baurath Meyer beilag: nach demselben berechnen sich unter Beifügung einer Summe im Betrage von 5 Prozent der Baukosten, für Projektbearbeitung und Vauausführung, die Gesamtaufkosten für die Krankenhausvergrößerung einschließlich des Neubaus von Dienstwohnungen, Ertrag der Garteinanlage, elektrische Beleuchtung und Telephoneinrichtung in den alten Bauten wie folgt:

1. Neubau eines vierten Krankenhausflügels	300 000 M.
2. Neubau eines Operations-Pavillons	74 000 „
3. Erweiterung des Leichenhauses	20 000 „
4. Neubau einer Badeanstalt	37 800 „
5. Umgestaltung des Verwaltungsgebäudes	15 000 „
6. Wegeanlagen, Be- und Entwässerung	20 000 „
Ca.	466 800 M.
Hierzu 5% für Bauleitung u. c.	23 200 „
insgesamt	490 000 M.

In einer Konferenz am 24. April d. J., an welcher unter Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Giesebrecht die Herren Dr. Freund, Sanitätsrath Dr. Schörlan, Ober-Bezirk Dr. Schuchardt, Dr. Wegener, Stadtbaurath Meyer und Stadtrath Herrmann teilnahmen, einigte man sich dahin, daß das projektierte Operationshaus in kleineren Dimensionen und mit Fortlassung der Räume für poliklinische Kranken-Behandlung herzustellen sei. Es wurde für ausreichend erachtet, wenn das Haus enthalte: einen Operationsaal von 50 qm, ein Instrumentenzimmer von 16 qm, ein Toilettenzimmer für die Ärzte von 16 qm, einen Wartesaal für die zu Operierenden von 20 qm, einen kleinen Operationsaal für Anlegung von Gipsverbänden u. c. von 30 qm, einen Raum für die Operativen zur Erholung von der Chloroform-Narkose von 15 qm und ein Zimmer für den Ober-Arzt von 15 qm Größe.

Im Souterrain sind herzustellen: ein Dunkelzimmer für das Photographieren und ein Zimmer für die Verband-Verabreichung und zur Aufnahme des Rohmaterials für die Verbände.

Die Stadtverordneten haben sich, wie schon bemerkt, in ihrer morgigen Sitzung mit der Vorlage zu beschäftigen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 21. Juni. Eine Baden-diehl wurde gestern in der Person der Näherin Marie Fandré abgefaßt und polizeilicher Dchut überliefert. Dieselbe brachte das bekannte Manöver in Anwendung: sie erzählte im Laden des Uhrmachers Krage, ließ sich Ringe zur Auswahl vorlegen und einen derselben in ihrem Armel verschwinden. Der Verkäufer bemerkte jedoch das Fehlen des Schmuckgegenstandes rechtzeitig und forderte denselben wieder zu Tage, worauf das Unternezz des Eingangs gemeldeten Abischluß fand.

Die erste diesjährige Regatta des Stettiner Yacht-Clubs findet am Sonntag, den 25. d. Mts. von der Swantemündung aus statt und beginnt Vormittags 9 Uhr. Als Begleiterschiff für die Gäste fungiert Dampfer „Thras“, welche Mittags gegen 1 Uhr wieder hier eintrifft.

Bei der Verbindungsstraße 3 wohnhafte Arbeiterfrau Theel erkrankte am 1. d. Mts. an Marm, der sich Wienneweg nannte und vorgab, Agent der Leipziger Feuer-Versicherungs-

